

Der Bildungsökonomische Ausschuss des Vereins für Socialpolitik: Entstehung, Strömungen und Entwicklungen 1975-2015

Beitrag zur Jahrestagung des Bildungsökonomischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik am 12./13. März 2015 am DIW in Berlin

Dieter Sadowski, IAAEU - Universität Trier

20.04. 2015

- 1. Gründung: Kontext und Anlass**
- 2. Gründungsmitglieder und Kooptationen 1975 bis 1995**
- 3. Forschungsprogramm: Leistungen und Desiderata**
- 4. Die Kooperation mit anderen Fächern**
- 5. Internationalisierung**
- 6. Hineinwirken in Politik und Praxis**
- 7. Veröffentlichungen**
- 8. Tagungsformat**
- 9. Schluss: Sozialer Wandel**

1. Gründung: Kontext und Anlass¹

Die Gründung eines Ausschusses im Verein für Socialpolitik war 1975 wie heute eine Angelegenheit des Erweiterten Vorstands, die er sehr ernst nahm. Bis dahin gab es neun Ausschüsse, die die traditionelle Gliederung der Wirtschaftswissenschaften spiegelte. Auf seiner Herbstsitzung anlässlich der Aachener Tagung 1975 erblickten fünf neue Ausschüsse das Licht der Welt. Neben Ausschüssen für Geldtheorie und -politik und für Außenwirtschaftstheorie und -politik etwa stimmte der Vorstand einem Ausschuss für

¹ Die Verweise in eckigen Klammern bezeichnen die Nummer des Aktenordners und die Seite im jeweiligen Ordner des Archivs des Bildungsökonomischen Ausschusses, das beim jeweiligen Vorsitzenden geführt wird und auch gescannt verfügbar ist.

Bildungsökonomie zu, lehnte aber Ausschüsse für Ökonometrie und für Spieltheorie ab. Das wäre sogar heute insofern bemerkenswert, als es bei nun 23 Ausschüssen noch immer keinen Ausschuss für Arbeitsökonomik gibt. Was hat der Bildungsökonomie damals die bevorzugte Behandlung gewährt? War es der Druck bildungspolitischer Probleme, vielleicht gerade der in Universitäten gefühlter? Haben strahlende Erfolge bildungsökonomischer Forschung den Antrag zu einem Selbstläufer gemacht? Wer hat die vereinsinterne Diskussion initiiert und erfolgreich zur Gründung geführt?

Im Folgenden möchte ich nicht nur über die Geburtswehen, sondern auch über die ersten Jahre einer nicht einfachen Kindheit und einer lang andauernden Pubertät, deren Ende aus meiner Sicht auf das Jahr 2000 datiert werden kann, aus teilnehmender Beobachtung² und auf der Grundlage der überlieferten Protokolle und Korrespondenz aus den 40 Jahren berichten.

Die bildungspolitische Diskussion um 1975 erinnerte sich noch gut an Pichts Warnung (1964) vor einer deutschen Bildungskatastrophe und an seine standortpolitische Forderung einer Verdoppelung der Abiturientenzahlen innerhalb eines Jahrzehnts sowie an Dahrendorfs „Bildung als Bürgerrecht“ (1965), eine Forderung, die gegen die ausgeprägt ungleiche Verteilung von Bildungschancen in Deutschland gerichtet war. Der mit allgemeinem – in Bund und Ländern wie auch den Parteien – Konsens gegründete „Deutsche Bildungsrat“ legte 1970 einen umfassenden Strukturplan für das Bildungswesen vor mit weit reichenden Vorschlägen für Reformen von der Vorschulerziehung bis zur Weiterbildung und bezog auch die Lehrerbildung, die Bildungsverwaltung und die Bildungsfinanzierung in seine Planungsüberlegungen ein (Hepp 2011: 122). Eine Große Koalition hatte bereits 1969 eine Grundgesetzänderung beschlossen, wonach der Bund Mitgestaltungsrechte bei der gesamtstaatlichen Bildungsplanung, beim Hochschulbau sowie für die Rahmengesetzgebung im Hochschulbereich und unter bestimmten Bedingungen für die Ausbildungshilfen bekommen hatte. AFG, BIBB, BAFÖG sind verabschiedet worden. Das Reformprogramm der sozialliberalen Koalition sah danach tatsächlich weit gehende Reformen vor, die allerdings rasch endeten in „einer lähmenden Phase ideologischer Konfrontationen, die bis etwa Mitte der siebziger Jahre andauerten“ (Hepp 2011: 125). Sieht man von dem parteipolitischen

² Der Autor hat von Beginn an, zunächst als Schriftführer, dann Mitglied, später auch Vorsitzender, den Ausschuss begleitet.

Streit über das gegliederte Schulwesen bzw. Gesamtschulen ab, so galt wohl bis zum Ende des Jahrhunderts: „Der öffentliche Bildungsdiskurs war seit Mitte der Siebzigerjahre weitgehend zum Erliegen gekommen, zumal auch aus der Bildungslandschaft selbst so gut wie keine neuen Reformimpulse kamen.“ (Hepp 2011: 125). Und weiter für die neunziger Jahre: „Die sperrige und unter Zeitdruck erfolgende Bewältigung des Umbaus des Bildungssystems in den neuen Bundesländern absorbierte zudem alle Energien und ließ so kaum Spielraum für programmatische Reformdebatten.“ (Hepp 2011: 125). Das änderte sich erst wieder nach der ersten TIMSS-Studie 1995, also als der BÖA nominell volljährig geworden war.

v.Recum/Weiß (2000) resümieren die Rolle der Bildungsökonomie in den 60er und 70er Jahre so:

„Zumindest im Blick auf die westlichen Industrienationen ist deshalb der Einschätzung von H.J. BODENHÖFER/M. RIEDEL (1998) zuzustimmen, daß den Analysen zum Zusammenhang von Bildung und Wirtschaftswachstum und darauf basierenden Planungsstudien seinerzeit zwar hohe Aufmerksamkeit zuteil wurde, daß sie jedoch letztlich ohne wesentliche Bedeutung für die Bildungspolitik blieben, weil sie sich nicht in konkrete Handlungsempfehlungen umsetzen ließen. Im Prinzip lag ihr wichtigster Effekt in der Schaffung eines Meinungsklimas, das der Privilegierung des Bildungswesens bei der gesamtstaatlichen Mittelverteilung förderlich war. „Über die Funktion eines Auslösers der ‚Bildungsexpansion‘ in den 60er und 70er Jahren hinaus kam ihnen keine Bedeutung für die Bildungspolitik zu im Sinne von Richtlinien oder Strategien für eine optimale Struktur und Entwicklung von Humankapitalinvestitionen“ (ebd., S. 16). (ebd., S. 8).“

Und weiter: Abgesehen von der großen politischen Bedeutung des Ertragsratenansatzes der Weltbank für Entwicklungsländer galt:

„Besonders ungünstig entwickelten sich die Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Bildungsökonomie als Steuerungswissenschaft in der Bundesrepublik. Bereits in der ersten Hälfte der 70er Jahre geriet sie in den Sog der einsetzenden ideologischen Turbulenzen, Mitte der 70er Jahre begann eine langdauernde Phase der Distanzierung der Politik von der Disziplin, verbunden mit deren tendenzieller Ausgrenzung aus dem politischen Diskurs.“³

³ M. Weiß präzisiert 1981, [1, 161ff., letzte Seite] die Situation weiter:

„Nach 1977 wurden in der Gruppe der extern-dependenden Institute zwei Einrichtungen wieder geschlossen, das Deutsche Institut für wissenschaftliche Pädagogik, Münster, und das Regionale Pädagogische Zentrum in Aurich. Das Regionale Pädagogische Zentrum in Bad Kreuznach wird inzwischen als nachgeordnete Dienststelle

Zur politischen gesellte sich pädagogische Ablehnung. Die Übertragung ökonomischer Kategorien auf Bildungsvorgänge galt vielen als „antihumaner Oktroy“ (BECKER 1998), die für die Bildungsökonomie forschungsleitende Frage nach der Effizienz des Ressourceneinsatzes, nach Kosten und Nutzen von Bildung, nachgerade als Sakrileg.“ (ebd., S. 9).

Autonome Initiativen auch aus der ökonomischen Forschungslandschaft hätten diesem Stillstand Einhalt gebieten können. Das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung - DIPF - bestand seit 1951 und besaß eine Bildungsökonomische Abteilung, die bis zur Gründung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung 1963 und seinem Wechsel dorthin Friedrich Edding geleitet hatte, danach sein Schüler Hasso von Recum. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – IAB - der damaligen Bundesanstalt für Arbeit war schon 1967, das Bundesinstitut für Berufsbildung – BIBB - 1970 gegründet worden. Erster Direktor des IAB war mit Dieter Mertens ein habilitierter Forscher. Zwar hat eine Projektgruppe des MPI 1980 in zwei Bänden umfangreiche Daten und Analysen zur „Bildung in der Bundesrepublik Deutschland“ vorgelegt, aber es war weder die Kraft der vorgetragenen Argumente noch der Zeitgeist, sondern das Wirken und der Einfluss einzelner Persönlichkeiten, die zur Gründung des Bildungsökonomischen Ausschusses geführt haben.

Ganz konkret führte zur Gründung des BÖA der menschlich verständliche Wunsch einer Gruppe von fünf in Deutschland verteilten Wissenschaftlern, nämlich den Mitgliedern der Kommission Kosten und Finanzierung der außerschulischen beruflichen Bildung, der „Edding-Kommission“, eine mehrjährige gute Zusammenarbeit „institutionell zu verankern und fortzuführen“ (Albach 21.1. 1975 [1, 22]). Dies im Verein für Socialpolitik durchzusetzen, verlangte vorbereitende Unterstützungsbemühungen, etwa bei dem hoch angesehenen Fritz Neumark. Für die ungewöhnliche Vorabstimmung im Umlaufverfahren im Erweiterten

weiter geführt. Neu in dieser Gruppe ist seit 1978 auch das nordrhein- westfälische Landesinstitut für Curriculumentwicklung, Lehrerfortbildung und Weiterbildung in Soest. In diese wachsende Zahl von nachgeordneten Dienststellen fließen zunehmend die Mittel für die wissenschaftliche Begleitung von Modellversuchen, die zuvor insbesondere der Bildungsforschung an den Hochschulen zugutekam, der durch diese Entwicklung die Forschungsmittel weitgehend entzogen wurden. Die DFG mit ca. 2 Mill DM für erziehungswissenschaftliche Forschung kann diese Verschiebungen nicht kompensieren (für die wissenschaftliche Begleitung von Schulversuchen werden ca. 15-20 Millionen jährlich ausgegeben). Die Entscheidung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), den Sonderforschungsbereich „Bildungsforschung“ in Konstanz auslaufen zu lassen, wird zu einer weiteren Reduzierung der freien Bildungsforschung führen. Verschärfen kann sich diese Entwicklung noch, wenn die weiteren Verhandlungen um das Weiterbestehen des Max- Planck-Instituts für Bildungsforschung zu einer Einschränkung oder Umorientierung der Forschung an diesem Institut führen.“ (Vgl hierzu die Furcht Eddings: Brief v. 14.3. 1978 an H. v. Recum: Drängen, falls D. Mertens absagen würde. [3, 201])

Vorstand hatte Horst Albach gesorgt, damals Stv. Vorsitzender des Vereins (Brief v. 8.10.75 [1, 13]) und Mitglied im Wissenschaftsrat 1974-1977. Es verlangte einen weiteren weithin anerkannten Wissenschaftler, nämlich Friedrich Edding, gleichsam als Qualitätsgarantie, auch weil einige der für den Gründungskreis vorgeschlagenen Forscher dem Erweiterten Vorstand unbekannt gewesen sein dürften. Das Manöver gelang, indem weitere Prominente gewonnen werden konnten, die nur in einem weiten Sinne Bildungsökonomie trieben – und später auch nur geringes Engagement zeigten.

Ehe ich die Phasen der allmählichen Institutionalisierung des Bildungsökonomischen Ausschusses nachzeichne, also die Herausbildung der Regeln zur Kooptation – und zur Abwehr – neuer Mitglieder, zur Themenwahl und Veröffentlichungspraxis, zur Positionierung und Akzeptanz im Verein und in der weiteren wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit, möchte ich eine Krise des Ausschusses in den Jahren 1995 und 1996 hervorheben. Dazu hole ich etwas aus, kann dabei etwas über Friedrich Edding, den ersten und einflussreichen Vorsitzenden und später einzigen Ehrenvorsitzenden des Ausschusses, sagen.

Friedrich Edding (geb. 1909) hatte zwischen 1927 und 1934 Theologie, Geschichte und Germanistik studiert und sich zwischen 1936 und 1943 durch seine Tätigkeit im Statistischen Reichsamt und ein volkswirtschaftliches Abendstudium ein Instrumentarium geschaffen, das seine Tätigkeit in den nächsten 50 Jahren bestimmen sollte. Am Kieler Institut für Weltwirtschaft veröffentlichte Edding 1958 die Ergebnisse eines mehrjährigen Projektes: „Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen“. Diese Arbeit verschaffte ihm „Weltruhm“ (Hüfner 2002: 17) und macht ihn zu einem der Begründer des Humankapital-Konzeptes, des Kerns also der Bildungsökonomie.

Genau 20 Jahre nach der Gründung des Bildungsökonomischen Ausschusses nun versuchte der damalige Vorsitzende, Robert von Weizsäcker, eine Tagung zu eben diesem Zusammenhang von Bildung und Wachstum mit folgender Einladung zu organisieren.

„Die unter der Überschrift "Economics of Education" in jüngerer Zeit im volkswirtschaftlichen Schrifttum veröffentlichten Papiere unterstreichen ja in der Tat die neue Aktualität des schon in der neoklassischen Blütezeit der Wachstumstheorie analysierten Zusammenhangs zwischen Ausbildung, Bildungsfinanzierung und

anderen humankapitaltheoretischen Aspekten auf der Mikroebene einerseits und ihren Folgen für das wirtschaftliche Wachstum auf der Makroebene andererseits. Das gewählte Thema ist sehr breit zu interpretieren. Da letztlich fast alle ökonomischen Zusammenhänge Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben (und dies nicht erst seit der 'endogenous growth'-Welle), kommen Themen aus vielen bildungsökonomischen Himmelsrichtungen in Frage. Ob betriebswirtschaftliche Ansatzpunkte gewählt werden, ob die Arbeitsmarktökonomie, Bevölkerungsökonomie oder Finanzwissenschaft als Plattform dient, ob Aspekte der Systemtransformation oder die Sichtweise der neuen politischen Ökonomie die Brücke bilden, ob der Beitrag theoretisch, empirisch oder rein institutionell orientiert ist: Es gibt a priori keine Einschränkungen.“ [9, 243].

Das Echo ist so schwach, dass 1995 keine Tagung stattfinden kann – ein einmaliger Vorgang in diesen 40 Jahren. R. v. Weizsäcker muss konstatieren, keinen einzigen Originalbeitrag aus dem Ausschuss erhalten zu haben (Brief an D. Timmermann vom 8. August 1995). Für die Ersatztagung im Frühjahr 1996, an der neben acht Mitgliedern acht Gäste teilgenommen haben, vermerkt er: „Es bestand Einigkeit darüber, daß die geladenen Gäste einen wesentlichen Anteil am wissenschaftlichen Ertrag und an der sehr lebhaften Diskussion in Mannheim hatten.“ (v. Weizsäcker: Protokoll Mitgliederversammlung 1996: 3 [44, 326])

- Wie konnte es geschehen, dass zwei Jahrzehnte nach Gründung des BÖA niemand mehr im Ausschuss zu dem die Bildungsökonomie ursprünglich konstituierenden Zusammenhang von Bildung und Wachstum ein Vortragsangebot unterbreitet hat?⁴⁵
- Und wie ist die Erholung von diesem Tiefpunkt hin zu einer Situation zu erklären, in der 11 Jahre später zwei Ausschussmitglieder mit der einzigen in diesen vier Jahrzehnten der Bildung gewidmeten Vereinstagung 2007 zum Thema “Bildung und Innovation“ betraut wurden (neben R. v. Weizsäcker Ludger Wößmann, Mitglied seit 2004) und in diesen Tagen sogar bei MIT Press ein Buch aus dem Ausschuss heraus angekündigt ist: The Knowledge Capital of Nations: Education and the Economics of Growth, verfasst von Eric A. Hanushek und Ludger Woessmann?

⁴ Im Band der verschobenen Tagung konnten allerdings Aufsätze von Bodenhöfer, Winterhager und R. v. Weizsäcker selbst veröffentlicht werden.

⁵ Anders sieht das Machin (2014, 10), der diesen Zusammenhang „other research areas in economics“ zuweist.

2. Gründungsmitglieder und Kooptationen 1975 bis 1995

Die Initiative Albachs fiel zeitgleich mit einem Versuch Widmaiers (Regensburg) zusammen, eine Gesellschaft Bildungsökonomie zu gründen, zu der Edding festhielt:

“ Die Liste von Herrn Widmaier umfaßt einen Personenkreis, von dem ich mir nicht recht vorstellen kann, daß er zu einem genügend tragfähigen Mindestkonsens gelangen könnte. Es sind zahlreiche Soziologen dabei und es sind dogmatische Marxisten dabei, die nach meiner Erfahrung nur sehr begrenzt die Fähigkeit, mit Nichtgläubigen zu diskutieren, besitzen.“

(Brief v. 4.2.75 [1, 15])⁶.

Konstituierende Ausschusssitzung am 24.9.1975 [1, 352] (Schriftführer: Sadowski):

Anwesend: Albach, Beckerhoff, Bodenhöfer, Clement, Edding, Mäding, Dieter Mertens, Peter Mertens, Münch, Neumark, Woll.

Entschuldigt: Dams, v.Dohnanyi, Gerfin, Jochimsen, Riese .

In den Folgejahren sind Woll, v. Dohnanyi, Neumark bald ausgeschieden, einige andere der Gründungsmitglieder sind nur selten aktiv geworden. Kooptationen wurden auf jeder weiteren Mitgliederversammlung angesprochen, sowohl was das Verfahren (Stimmrechtsübertragung möglich? Quoren? Voraussetzungen?) angeht als auch die Zahl von Kooptationen und natürlich die Namen im Einzelnen. Man einigte sich schnell darauf⁷, dass keine Personen als Repräsentanten politischer Gruppen aufzunehmen wären und dass auch Forschungsinstitute nur durch genuin forschende Personen im Ausschuss vertreten sein sollten, was rasch zum Vorschlag fallweiser Gäste führte.⁸

Das starke Mitgliederwachstum in den ersten Jahren, darunter auch Widmaier - 1978 wurden 13 Vorschläge diskutiert - , führte schon 1977 zum Beklagen von „Inflationssymptomen“ (Winterhager, [4, 612]) und zur Forderung, die Aufnahmebedingungen zu verschärfen, und 1979 dann zur Feststellung, dass die Liste

⁶ Die Listen waren weit gehend deckungsgleich, allerdings waren Elmar Altvater und Claus Offe etwa nur auf der Liste Widmaiers vertreten.

⁷ Ausdrücklich nicht, um der ‚konservativen‘ Politik der anderen Ausschüsse des Vereins zu folgen, wie Bodenhöfer am 4.7.1985 an Edding schrieb [28, 252].

⁸ Edding 1977- Abschiedsbrief: „Um dieser Vielfalt der Aufgaben entsprechen zu können, erscheint eine Ergänzung des Mitgliederbestandes in einigen Richtungen erwünscht. Wir haben darüber in der letzten Sitzung gesprochen. Andererseits ist zu fragen, ob diesem Bedarf nicht auch durch das fallweise Einladen von Referenten Genüge getan werden kann. Die Arbeitsfähigkeit des Ausschusses wächst wahrscheinlich nicht parallel mit der Zahl der Mitglieder. Jedenfalls sollte wohl künftig mehr gezielt kooptiert werden. Ich bitte zu überlegen, welche Mischung von Qualifikationen im Ausschuss anzustreben ist.“ [1, 239]

potentieller Interessenten erschöpft sei (Clement [1, 220]) – wenn man von unerwünschten Praktikern und „Linken“ absah.⁹

Die Inaktivität vieler Mitglieder zeigte sich allein in der Anwesenheit bei den Ausschusssitzungen, die zunächst zweimal pro Jahr angesetzt waren:

Überschlägig haben in den ersten 15 Jahren durchschnittlich 10-15 Mitglieder und 4 Gäste an den Tagungen teilgenommen – bei einem Mitgliederbestand von ca. 30 Personen nach den Gründungsjahren. In den neunziger Jahren erhöhte sich die Teilnehmerzahl auf ca. 15 und 5 Gäste – bei einer Mitgliederzahl im Jahre 2000 von 48. An der Jubiläumstagung 2000 in Köln haben 16 Mitglieder und 11 Gäste teilgenommen. Ein Tiefpunkt war die Tagung in Liberec 1993, bei der 7 Mitglieder und 4 Gäste dabei waren – und der vorläufige Höhepunkt war die Tagung in München 2014 mit 30 Mitgliedern und 10 Gästen und damals 51 Ausschusmitgliedern (davon 8 im Seniorenstatus).¹⁰

Eine Initiative, Untätige auszuschließen, versuchte darauf zu reagieren (Lüdeke- Brief an UBG 6.10.2000 [13b, 209]: „Die Satzung soll um folgenden Wortlaut geändert werden: Für Personen, die mehr als vier Mal in Folge nicht zur Ausschusssitzung erscheinen, erlischt die Mitgliedschaft im Ausschuss. Über Ausnahmen aufgrund besonderer Umstände entscheidet die Mitgliederversammlung mit zwei Drittel Mehrheit.“ (Zürich Mitgliederversammlung 2003 [22, 72])

Die Inaktivität war wohl auch dem Umstand geschuldet, dass nur für sehr wenige Mitglieder die Bildungsökonomie ein stetes Hauptinteresse war, sondern eine mehr oder weniger reizvolle Abwechslung war.

1992 hält der damalige Vorsitzende Reinar Lüdeke lapidar fest: „Reine Bildungsökonomien (oder -soziologen) gibt es in diesem Ausschuß so gut wie nicht, und das halte ich gerade auch (im positivem Sinne) für wichtig.“ [8, 577]. Unabhängig von dem zweiten Halbsatz galt jedenfalls, dass damals praktisch keine Professuren der Bildungsökonomie gewidmet waren, wie der Nachwuchswissenschaftler Timmermann 1979 [5, 371] beklagte.¹¹

⁹ Dass Armin Hegelheimer wider Willen nicht aufgenommen wurde, hat den Ausschuss und den Erweiterten Vorstand in den Jahren 1976-1979 immer wieder beschäftigt. Es ist nicht auf sein Oeuvre zurückzuführen, sondern wohl auf unbillige Kritik an der Arbeit der Edding-Kommission.

¹⁰ (Unvollständige) tabellarische Zusammenfassung beim Autor.

¹¹ Orivel (1994) konstatiert für Frankreich eine recht ähnliche Situation: „Diese Schwäche [der Einbeziehung der bildungsökonomischen Forscher in den internationalen Zeitschriften] liegt zum Teil in dem außerordentlich speziellen Charakter dieser Disziplin begründet, der es obendrein für eine Universität schwierig macht, die

3. Forschungsprogramm

Auf der Konstituierenden Sitzung 1975 einigte man sich darauf, „...die Bezeichnung „Bildungsökonomie“ weit zu verstehen, also auch Bildungsforschung und -planung zu betrachten.“

Im Einzelnen wurden folgende Arbeitsgebiete als möglich ins Gespräch gebracht und schon 1976 durch eine schriftliche Umfrage nach den Interessen der Mitglieder sortiert [1, 151]:

- Kosten-Nutzen-Analysen im Bildungsbereich
- Ökonomische Analyse des Recurrent Education-Konzeptes (Thema des Eröffnungsvortrages von Edding)
- Vergleich von öffentlichen und privaten Ausbildungsinstitutionen
- Vergleich von betrieblichen und außerbetrieblichen Umschulungen
- Ökonomische Probleme dreijähriger Hochschulgänge
- Bildungsgutscheine und Probleme ihrer Anrechnung
- Alternativen zum Abitur bei der Hochschulzulassung
- Anreizsysteme zur Nutzung freier Hochschulkapazitäten.

In seinem Abschiedsbrief an die Mitglieder vom 26.9.1977 [1, 239] hat Edding ehrgeizige thematische und methodologische Vorstellungen formuliert:

„Viele dieser [...] Probleme verlangen Lösungen, die über die Zuständigkeit der für Bildung direkt zuständigen Stellen und über die Kompetenz einer einzelnen wissenschaftlichen Disziplin weit hinausgehen.

Die Probleme der europäischen Integration, der internationalen Wanderung von Humankapital und der Bildungshilfe im Rahmen der Bemühungen um Entschärfung des Nord-Süd-Verhältnisses weisen auf die Notwendigkeit hin, in der Bildungsplanung auch über die Grenzen unseres Landes hinaus zu denken. So sind nahezu alle Fragen, die in anderen Ausschüssen des Vereins und bei seinen allgemeinen Arbeitstagen erörtert werden, auch für die Forschung im Bereich unseres Gegenstandes wichtig.

Beschäftigung eines in diesem Bereich spezialisierten Lehr- und Forschungsteams zu legitimieren. Vor diesem Hintergrund ist erklärbar, daß die Mehrzahl der Forscher in der Wissenschaftslandschaft verstreut ist, daß sie keinen eindeutig strukturierten und beständig arbeitenden Gruppen angehören und daß sie zum Themenwechsel gezwungen sind. Es gibt weltweit kaum mehr als zehn Orte, an denen ausgewiesene Forschergruppen kontinuierlich die bildungsökonomische Thematik bearbeiten. Solche Gruppen gibt es hauptsächlich in den USA, in Großbritannien, in den Niederlanden und Frankreich.“ (Orivel 1994, 139). – Nachdem es in den 70er Jahren noch 4-5 Forschergruppen in Frankreich gegeben habe, seien es Mitte der 90er Jahre nur noch 1 bis 2 – abgesehen von IIEP (UNESCO) und OECD (ebd. 145).

Der Weg zur Einheit der Sozialwissenschaften, von dem Herr Krelle in Münster sprach, muß von unserm Ausschuß vielleicht mehr als von anderen gesucht werden, weil wir die Methoden und Erkenntnisse vieler Teildisziplinen anzuwenden haben, wenn wir unserem Gegenstand gerecht werden wollen.“

Was davon ist rasch oder überhaupt in Angriff genommen worden?

Die Forschungsprogrammplanung 1978 in Berlin sah folgendes vor:[1, 230]

„Man einigt sich darauf, die nächsten beiden Sitzungen dem Themenkreis "Humankapital" zu widmen: dieser sollte sehr extensiv - inklusive Determinanten der Nachfrage nach und Angebot an Bildung - ausgelegt werden. Für Hamburg bereitet Herr Widmaier den Entwurf einer Kritik an Blaugs Übersichtsartikel von 1976 vor, Herr Krug soll gebeten werden, einen Beitrag zu den Einkommenswirkungen der Bildungsexpansion auf der Basis des Mikrozensus vorzutragen, und Herr Sadowski, über Alternativen zur humankapitaltheoretischen Erklärung von "Training" in Unternehmen zu sprechen. Außerdem wird angeregt, Herrn Edding über die entwicklungspolitische Bedeutung des Humankapitalkonzeptes, Herrn Bodenhöfer über die Bedeutung des Humankapitals für den internationalen Handel, Herrn Hüfner über die Dogmengeschichte der Humankapitaltheorie, Herrn Naumann über Forschungsinvestitionen und Humankapital und CC von Weizsäcker über die Screening-Theorie referieren zu lassen. Weitere Kontaktnahmen, insbesondere mit Herrn Winterhager, Herrn Mäding und B.Lutz seien denkbar.

Als zweiter großer Arbeitsbereich für den Herbst 1979 und das Frühjahr 1980 wurde das Thema "Quantitative Arbeitsmarktmodelle inklusive neue Projektionsverfahren" ins Auge gefaßt. Dazu wären neben den Ansätzen von Batelle, Prognos, SPES, DIW, RWI, der Pestel-Gruppe auch etwa Fragen der Lohnstruktur und der Prognose langfristiger Generationenzyklen zu rechnen. Außer den Referenten der genannten Institutionen wären als weitere Vortragende die Herren Brinkmann, Freytag, D. Mertens, Clement und Weißhuhn respektive Alex und Lutz als Vortragende anzusprechen.

Um den weiteren für wichtig befundenen Arbeitskomplex, "Betriebswirtschaftliche Aspekte der Bildungsökonomie", angreifen zu können, sollen die Herren Albach, Peter Mertens und Sadowski für Hamburg zunächst eine Strukturierung des Forschungsfeldes vornehmen.

Zurückgestellt werden bis auf weiteres die folgenden Themen:

- neomarxistische Bildungsökonomie
- Bildung und Distribution
- Transferprobleme.“

Anlässlich der Feier seines 70. Geburtstages mit der österreichischen Bildungsministerin und dem Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien hielt Edding in Wien 1979 eine selbstkritische Abschiedsrede. Aus dem Protokoll der Mitgliederversammlung 22.6.1979:

„Festvortrag von F. Edding : Über die Verbindung des Arbeitens mit dem Lernen - eine Auseinandersetzung mit der akademischen Bildung.

Der Referent selbst spannt in seinem Vortrag einen weiten Bogen über „Inhalte, Leistungsfähigkeit, Grenzen und zukünftige Aufgaben der Bildungsökonomie und konkretisiert diese am Beispiel der akademischen Bildung. Die Bildungsökonomie sei ein Beispiel dafür, wie Ökonomie den Graben zwischen Wissenschaft und Politik schließen könnte. Wenn jedoch Bildungsökonomie nur eine Anwendung der Ökonomie auf das Bildungswesen sei, dann hätte dies zwar den Vorteil einer Förderung des Problembewußtseins der Politiker, gleichzeitig drohe aber auch die Gefahr eines ökonomischen Imperialismus. Auch die pädagogischen Aspekte müßten mehr in die Bildungsökonomie Eingang finden. Es dürfte nicht nur die Frage gestellt werden, wie Bildung aussehen müßte, die zu einer guten Entwicklung der Wirtschaft führt. Auch die umgekehrte Frage wäre relevant, umso mehr, als die wichtigsten Lernprozesse im außerschulischen Bereich liegen.

Als eindeutige Erfolge der bildungsökonomischen Forschung erwähnt Edding die Verbesserung des Managements im Bildungswesen, die Schaffung von Datenmaterial, das Vorlegen von Finanzierungsanalysen. Hingegen seien Fragen der Einkommensumverteilung durch Bildung noch nicht ausreichend berücksichtigt worden. Schwerwiegende Kritik erhebt der Referent jedoch am Totalitätsanspruch des Akademischen, eine Haltung, an der die Bildungsökonomie auch Mitschuld trage. Die Öffnung der Universitäten werde nach wie vor zu wenig betrieben, der Nicht-Akademiker gelte weithin als ungebildet. Das Grundübel liege in der Trennung von Bildung und Arbeit. Recurrent Education zeichnet sich als ein Ausweg ab, ein Weg, der auch im Ausschuß intensiv diskutiert wurde, der aber auch der Gefahr einer Unterwerfung unter das akademische Denken unterliege.

Dementsprechend zeichnet der Referent die Aufgaben für die weitere Entwicklung der Bildungsökonomie. Vordringlich wären Fragen einer Einbindung der Bildung in die Arbeitswelt und des Praxisbezugs der Ausbildung.“ [1, 227f.]

Während Edding und auch einige Mitglieder linker Orientierung (Widmaier, Schmid-Schönbein) ein Überhandnehmen neoklassischer ökonomischer Konzepte und Methoden fürchtete, gab es im Ausschuss auch Befürworter der methodischen Konzentration, wie sie in der gleichen Zeit in der angelsächsischen Forschung immer stärker wurde.

Die Wendung des Ausschusses zur Humankapitaltheorie hat besonders Werner Clement Wien (Vorsitzender 1977 bis 1980) vorangetrieben. Mit Gernot Weißhuhn hatte er vom IAB Individualdaten für drei konsekutive Jahre bekommen, um Bildungsrenditen zu berechnen (veröffentlicht in MittAB 1982). In einer – kurzfristig abgelehnten - Einladung an Mark Blaug vom 15.6.1978 schrieb er: „ I want to push the Ausschuß and thus the German economics of education to consider more closely the Human Capital approach ...

I can see some signs for a turning point" [4, 48]. Und in einem Brief vom 18.5.1978 an den Vorsitzenden W. Krelle hatte er schon bemerkt, dass bislang Strukturansätze im Vordergrund gestanden hätten, jetzt aber die humankapitaltheoretische Komponente stark an Gewicht gewinne in der deutschen Bildungsökonomie [4, 314]. Clement sah auch die Gefahr, „...that the development might diverge into political-economic areas“ (Einladung an G. Psacharopoulos, 15.9.1978): “As we have already been discussing in Mons, Belgium, economics of education in German speaking countries is dominated by manpower-requirement/social demand-approaches. Since I have taken over the chair I would like to push a little bit more the human capital side of our branch. The statistical foundations – strong impediment in the past - are now improving gradually.” [4, 474]

Manche Mitglieder waren enttäuscht über die Langsamkeit des theoretischen Fortschritts. So schreibt ein Mitglied (D. Sadowski) am 18.3.1987 an den Vorsitzenden Christof Helberger: „Außerdem sollten wir dem Ausschuss möglichst viele Vitalitätsspritzen verabreichen, indem wir neue Mitglieder kooptieren.“ [6, 68].

Robert von Weizsäcker, 1992 in den Ausschuss kooptiert, wurde schon 1994 von der kleinen Zahl der in Bielefeld anwesenden Mitglieder mit der Wahl zum Vorsitzenden überrascht, wenn nicht überwältigt. Er hatte zu den Verteilungsfolgen von Humankapitalinvestitionen gearbeitet und für den Ausschuss schon früher durchaus wegweisende Pläne angedeutet¹²:

„Übrigens (aber wahrscheinlich renne ich hier nur offene Türen ein): Der große Bereich "Human Capital and Economic Growth" und damit die ganze 'increasing returns'-Welle [Romer (JPE 1986), Lucas (JME 1988), Barro (mimeo 1989), Becker et al. (JPE 1990) usw.] wäre später vielleicht auch einmal ein reizvolles Projekt für den Bildungsökonomischen Ausschuss.“ (Brief v. 13.3. 1991 an Lüdeke, vor der Kooptation [8, 588])

Nach seinem „Bewerbungsvortrag“ schrieb er: „Ich hoffe nur, daß ich dort keine isolierte Rolle übernehmen müßte, denn ein wenig wich meine wissenschaftliche Ausrichtung – Theorieorientierung, Humankapitaltheorie im Zentrum – doch von der der übrigen Teilnehmer in Passau ab.“ (Brief an Lüdeke v. 14.2.1992 [8, 547].)

¹² R. v. Weizsäcker war seit 1989 Co-editor von Public Finance; seine Habilitationsschrift ist auch bei Cambridge University Press 1992 veröffentlicht worden. Sein cv ist das erste in TeX geschriebene Dokument in den mir vorliegenden Dokumenten des Ausschusses.

So ganz trog in sein Gefühl nicht wie die Bemerkung Timmermanns (Brief an v.Wz. vom 21.10.1994) zeigt: „Danken möchte ich auch für die Zusendung der beiden Beiträge, wobei mich ein wenig beruhigt hat zu sehen, daß Sie auch einen rein verbalen Beitrag gewagt haben.“ [9, 273] oder die Erinnerung von M. Weiß an die Jubiläumstagung zu „Bildung und Wirtschaftswachstum“: „Deren bescheidene Resonanz unter den Mitgliedern und der doch sehr abgehobene Diskurs der Thematik hatten Friedrich Edding damals veranlasst, das Selbstverständnis des Ausschusses zu thematisieren.“ (Mail v. 9.11.2014 an DS).

Über die Mannheimer Tagung zu Bildung und Wirtschaftswachstum berichtete R. v.Weizsäcker wohl zu Recht: „Während in den sechziger Jahren die Impulse direkt aus der Wachstumstheorie kamen, sind es heute zahlreiche Teilströmungen der Bildungsökonomie, die die Klammer zwischen Humanressourcen und Produktivitätswachstum neu beleben.“ [10, 451].

Und im Vorwort zu dem Band zur Schul- und Hochschulbildung (1999) vermerkt er mit Blick auf die ersten TIMSS-Ergebnisse: „Die empirischen Befunde deuten vielmehr auf eine tragende Rolle der Lehrmethoden sowie der Schul- und Hochschulorganisation hin.“ – aber noch nimmt keiner der in dem Band veröffentlichten Beiträge sich dieser Daten an.

Auch wenn die programmatische, insbesondere methodische Neuorientierung also noch eine gewisse Zeit ihrer Realisierung harren musste, hat die akademische und Lebensaltermäßige Verjüngung der Vorsitzenden und dann auch der Mitglieder des Ausschusses eine Revitalisierung und Modernisierung der Ausschussarbeit begünstigt. Der derzeitige Ausschussvorsitzende ist Jahrgang 1973.

Dieser Aufschwung war ohne jeden Zweifel von der Erschließung neuer Individualdatensätze und einer verstärkten ökonometrischen Kompetenz der Bildungsökonomien getragen – Entwicklungen, die allerdings weder für modelltheoretische noch makroökonomische Analysen nennenswert Raum vorsahen und vorsehen.

Neue Daten und neue Methoden im Ausschuss¹³: 1978-2001

1978	Krug//M. Wagner	Mikrozensus	Fiktive Längsschnitte
1984	Backes-Gellner	diverse	Grenzproduktionsfunktionen
1986	P. Weiss (Gast)		Heckman-Korrekturen, truncation
	M. Wagner	„IWS-Arbeitslos“ Individualdaten	Ch. Helberger (1984) →SFB 1978ff, SPES 1971ff.
	Blossfeld	Lebensverlaufsstudien (3 Kohorten retrospekt.)	Ereignisanalyse: survival functions, hazard rates
1990	Pichler (Gast)	./.	Informationsökonomisches Modell: Humankapital unter Mobilitätsrisiko
	Sheldon	Mikrodaten / Querschnitt	ML; Selbstselektion ¹⁴
1991	R. v.Weizsäcker	./.	Modell: Bildung und Lebenseinkommensverteilung
	Weißhuhn/Büchel	IAB - Beschäftigtenstatistik (1977- 1983)	
	Helberger	SOEP	ML, unbeobachtete Heterogenität, Zensierung
	Grüske	diverse	Empirische Inzidenz von Bildungs- ausgaben, -erträgen
1994	Backes-Gellner	QUIPPE (selbst erhobene Unternehmensdaten in 4 Ländern)	Entscheidungsmodell
1996	Wigger, R. v.Weizsäcker	./.	Modell: unvollständige Verträge und staatlicher Bildungsauftrag
	Bellmann/Neubäumer	IAB-Betriebspanel (1993ff.) : eine Welle	
	Pfeiffer	BIBB/IAB Verlaufsstudie	Endogenes Switching
	Büchel //Pannenberg	SOEP	Panelanalysen
2000	Kräkel	IAB Beschäftigtenstichprobe	Spieltheoretisches Modell und empir. Prüfung
2001	Wolter	Swiss Labour Force Survey 1996-1999	Endogenitätsdiskussion

¹³ Bei mehreren Autoren ist nur das Ausschussmitglied aufgeführt; Pichler war von Clement als Ersatz nominiert.

¹⁴ Ausführlich zitiert: Amemiya, Heckman, Maddala, Börsch-Supan.

4. Die Kooperation mit anderen Fächern

Die Diskussion, ob sich der Ausschuss thematisch nicht auch mit Arbeitsmarktfragen beschäftigen müsse oder solle, hat ihn von Anfang an begleitet.

Mitgliederversammlung in Regensburg 1981:

Die Weite der in Angriff genommenen Felder war so groß, dass eine Umbenennung des Ausschusses in „Bildungs- und Arbeits(markt)ökonomie“ wieder diskutiert wurde. [1, 210] Dahinter verbirgt sich auch die Kritik von Dieter Mertens daran, „... dass die wichtigen Fragen der Arbeitsmarkttheorie, der Theorie der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktempirie im Verein für Socialpolitik keinen wohldefinierten Diskussionsort haben“. (10.7.1979) [4, 400]. Allerdings ist diesem Bemühen im Ausschuss kein Erfolg beschieden:

„Der Vorsitzende des Ausschusses berichtet über einen Briefwechsel mit dem Vorsitzenden des Vereins für Socialpolitik, Herrn Hesse, über die Frage der Lokalisation des Themenbereichs Arbeitsmarktforschung in den Ausschüssen des Vereins für Socialpolitik. Herr Hesse äußerte in seinem Brief die Überzeugung, daß die Arbeitsmarktforschung sowohl im Bildungsökonomischen Ausschuß wie in dem Sozialpolitischen, dem Wirtschaftspolitischen und dem Theoretischen Ausschuß behandelt wird und aus sachlichen Gründen auch behandelt werden sollte“. [1, 206]

Zusätzlich: Protokoll der Mitgliederversammlung Berlin 5.3.1999 [9, 319]:

Berichtet wurde über die wachsende Aufmerksamkeit, die bildungsökonomischen Fragestellungen entgegengebracht wird. Dies gelte insbesondere für die vom Ausschuß anvisierte Verbindung zwischen der Bildungsökonomie und der Arbeits- und Arbeitsmarktökonomie.“

Auch das Desiderat betriebswirtschaftlicher Forschung zur Effizienz von Schulen und Unternehmen als Bildungseinrichtungen ist schon in der Gründungsphase formuliert worden und hat dazu geführt, dass auch Betriebswirte kooptiert und in den Vorsitz des Ausschusses gewählt worden sind – und natürlich immer wieder betriebswirtschaftliche Themen Schwerpunkte der Ausschussarbeit bildeten. Die thematischen Eingrenzungen sind im Laufe der Zeit umso bedeutungsloser geworden, als mikroökonomische Argumentationsmuster und Individualdatensätze zunehmend eine methodische Gemeinsamkeit geworden sind.

Schwieriger geblieben ist, vermutlich aus eben diesem Grunde, das Verhältnis zu den Erziehungswissenschaften und zur Bildungssoziologie. Trotz manchen Verständnisses dafür, dass manche Nachbarwissenschaften die pointiert ökonomische Betrachtung für frivol halten und halten müssen, sind Erziehungswissenschaftler immer eine Ausnahme geblieben: Münch, Klemm [24b,71], und auch Soziologen: Blossfeld, wohl Einladung an Burkart Lutz [4, 376], J. Allmendinger (als IAB-Chefin und „Ständiger Gast“) (Korrespondenz mit O. Fabel 2006). Das hat natürlich Einladungen zu Gastvorträgen nicht ausgeschlossen (Arndt Sorge, Keith Thurley [24b, 181]); informelle Institution des „Ständigen Gastes“ (zuerst 1988 in Frankfurt [24b, 258], später dann Klaus Harney, durchaus auch ein Erziehungswissenschaftler, in Bern 2008) [18a, 112].

Im Laufe der Jahre gab es auch eine explizite Ablehnung, bildungssoziologische Fragestellungen im Ausschuss zu behandeln (Wien 1986) [6, 129].

Gemeinsame Sitzungen mit anderen Ausschüssen, etwa dem Sozialpolitischen Ausschuss, sind erwogen worden, aber nur symbolisch (Trier 1985) oder gar nicht zustande gekommen (Entwicklungspolitischer Ausschuss) [6, 92]. Auch zum Thema „Teaching of Economics (Bielefeld 2006) gab es kein Interesse der Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik in der Gesellschaft für Erziehungswissenschaft an einer gemeinsamen, dann interdisziplinär auszurichtenden Sitzung mit dem Bildungsökonomischen Ausschuss – wobei nicht klar war, ob Termin- oder Sachfragen ausschlaggebend waren. [Mitgliederversammlung 2006]. 2014 hat jedenfalls die neu gegründete Gesellschaft für empirische Bildungsforschung die Bildungsökonominnen ausdrücklich zu ihrer Tagung eingeladen. [Brief Wößmann, 21.8.13]

5. Internationalisierung

Während österreichische oder in Österreich tätige Wissenschaftler (Clement, Bodenhöfer) dem Vereinszweck gemäß zu den Gründungsmitgliedern gehörten, bestätigte noch Ende 1985 Nikolas Blattner „die traurige Vermutung“, keinen einschlägigen Schweizer Kollegen finden zu können. [6, 181] Er schlägt ersatzweise den Arbeitsmarktforscher George Sheldon vor, der 1991 dann auch in den Ausschuss kooptiert wurde, nachdem er 1989 einen Vortrag zu „Selbstselektion und Bildungsrenditen“ (Mincer-Funktionen, repräsentativer Schweizer Individualdatensatz) gehalten hatte. [7, 393].

Eine Kooperation mit Wissenschaftlern der DDR war anfangs ausdrücklich nicht gewünscht, dagegen gab es Bemühungen, mit ungarischen Forschern in Kontakt zu kommen (Hüfner-Brief v. 18.10. 77) [3,96]. 1980 wurde der prominente Bildungsökonom Harry Maier nach Bremen eingeladen, als er Gast am IIASA in Wien war. Maier hat die DDR 1986 verlassen müssen und wurde 1996 in den Ausschuss kooptiert. Noch am 24. Oktober 1989 reagierte der damalige Vereinsvorsitzende Gutmann auf die Frage des Ausschussvorsitzenden, wie DDR-Wissenschaftler in die Vereinsarbeit integriert werden können, lapidar, dass dies nur Mitgliedern möglich sei und die Bewerbung um eine Mitgliedschaft allen offen stehe. [24b,21]. Die einzige Sitzung außerhalb deutschsprachiger Länder fand 1993 in Liberec (Tschechien) statt.

Es hat immer wieder einzelne Einladungen an ausländische Gäste gegeben (Bengtsson, Psacharopoulos, Levin, Lazear), die jeweils die Genehmigung des Vereinsvorstandes brauchten und die Ausschussarbeit nicht prägten. Versuche in Richtung Frankreich, die Niederlande und Israel blieben erfolglos. Während 1992 D. Timmermann noch glaubte, die Economics of Education Review im Ausschuss bekannt machen zu müssen [8, 509], arbeiten heute viele Mitglieder an nicht deutschsprachigen europäischen Universitäten, gründen Mitglieder ein Journal for Research in Vocational Education and Training (St. St. Wolter), geben das Handbook Economics of Education mit heraus (L. Wößmann) und streben EU-weite Kooperationen an (L. Wößmann Mail vom 15.12.2003 [16a,94]: „Es dürfte Sie übrigens interessieren, dass die EU meinem Tender zur Formung eines "European Expert Network on Economics of Education" den Zuschlag gegeben hat - da wird in den nächsten Jahren einiges an europäischem Networking geschehen“.

Brinkmann hat 2002 noch in einem Beitrag „Englisch: Die Hoffnung der deutschsprachigen Nationalökonomien“ auf der Basis einer Auswertung der Autorenschaften und Zitationen in Kernzeitschriften des Faches für die Jahre 1992 bis 1994 festgestellt:

„Die US-Amerikaner nehmen nur die US-Amerikaner wahr, die in den Kernzeitschriften publizieren, und dazu die wenigen Ausländer, die es dahin schaffen. Die Deutschsprachigen werden von anderen Nationen kaum zitiert, aber auch von sich selber nur in geringem Maße, gleichgültig, ob sie Englisch oder Deutsch schreiben.

Hinzufügen kann ich, obwohl das nicht der Gegenstand meiner Untersuchung war: Wie die Deutschsprachigen von anderen Nationen nicht beachtet werden, so die anderen Nationen (mit Ausnahme der Amerikaner) nicht von den Deutschsprachigen. Das zeigt ein Blick auf die Literaturverzeichnisse beliebiger wissenschaftlicher Artikel:

Außer Amerikanern und einigen Briten kommen andere auswärtige Autoren kaum vor.“ [12,49, 293]

Auch das hat sich in den letzten Jahren nach meinem Eindruck nennenswert geändert, und so ist das Karriere relevante Interesse der Mitglieder des Ausschusses an Zeitschriftenrankings auch Thema im Ausschuss (Martin Kocher, Matthias Sutter 2002) oder zum Forschungs- und Handlungsfeld von Ausschussmitgliedern geworden (Fabel et al 2008 [Korrespondenz 1.12.2008], Warning 2008).

6. Hineinwirken in Politik und Praxis

Zwei Ereignisse seien herausgehoben, die frühe Diskussion um die Hochschulfinanzierung sowie eine scharfe Kritik in den Medien am Zustand der bildungsökonomischen Forschung.

6.1 Die Diskussion um die Hochschulfinanzierung

Aus dem Protokoll der Mitgliederversammlung v. 14.1.1977, Gesprächsleitung Edding):

„Ausgangspunkt der Diskussion ist der allen Teilnehmern zugegangene Zwischenbericht der BLK -Arbeitsgruppe¹⁵ "Hochschulfinanzierung" vom 10.12.1976. Der Vorsitzende hat zur Strukturierung der Diskussion zwei Fragebogen versandt, um das Meinungsbild der Teilnehmer, insbesondere die unter ihnen kontroversen Auffassungen rasch festzustellen. Die Fragebogen und das Ergebnis der Auszählungen finden sich im Anhang.“ [1, 289]

Verabschiedete Stellungnahme (Jan. 1977) [1, 295-297]: „Unter Finanzierungsgesichtspunkten erscheint es bildungsökonomisch *sinnvoll*¹⁶, eine konsekutive Mischfinanzierung zu empfehlen. In der ersten Phase des Studiums (bis zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß) erfolgt die Finanzierung aus staatlichen Mitteln, in der zweiten Phase über Gebühren, die vom einzelnen Studierenden erhoben werden.“ [1, 296]

- Erstförderung: nach Bedürftigkeit, Beschränkung auf drei Jahre schon erwogen
- Begabtenförderung schon familienunabhängig
- Gebühren während Regelstudienzeit? Nein, weil davon doch soziale Selektionswirkungen ausgehen könnten, die den Effekt vorausgegangener Selektion noch verstärken würden.

¹⁵ Albach, CC v. Weizsäcker und Beckerhoff waren in dem Ausschuss der BLK tätig.

¹⁶ Edding hat eine salvatorische Klausel hinzugefügt, dass die bildungsökonomische Forschung zum Teil noch Lücken aufweise, weshalb manche Stellungnahmen nur Plausibilitätsurteile sein könnten [2, 313].

- Zweite Phase: aus Einkommen, für wissenschaftlichen Nachwuchs auch öffentliche Zuwendungen, gegebenenfalls Bildungsanleihen.

Der erweiterte Vorstand des Vereins hat die Veröffentlichung der Stellungnahme als eines Diskussionsbeitrages des Ausschusses nicht genehmigt, weil keine Einigung darüber erzielt werden konnte, ob es sich um eine wissenschaftliche oder eine politische Stellungnahme handelte. Der Beitrag ist dann in der DUZ mit der Unterschrift derjenigen 12 Mitglieder veröffentlicht worden, die dazu bereit waren. Die Diskussionsprotokolle machen deutlich, dass umfangreiche Ursache-Wirkungszusammenhänge angesprochen wurden (so die Schichtenspezifität der Studienentscheidung, regressive Wirkung von Gebühren, Akademikersteuer, externe Effekte, interne Effizienzwirkungen, Insolvenzgefahren für Universitäten). Die Stellungnahme ist allen bildungspolitischen Institutionen und einem großen Presseverteiler zugegangen.

6.2. Die Kritik der Wirtschaftswoche

Aufregung verursachte nicht nur im Ausschuss ein Artikel in der Wirtschaftswoche v. 5. 12. 1980: „Planlos, aber gebildet - Bildungsökonomien sind auf dem Holzweg. Vordergründiger Prognosestreit um das Recht auf Bildung versperrte den Blick für Effizienzforschung im Bildungsbereich. Besinnung kommt fünf Minuten vor 12.“

Leserzuschrift H.v. Recum [5, 261ff.]:

„Das Verhältnis von Bildungsökonomie und Bildungspolitik in der Bundesrepublik ist ambivalent. Mit ihren frühen Ansätzen hat die Bildungsökonomie wesentlich dazu beigetragen, daß sich Bildungspolitik Gehör verschaffen und etablieren konnte. Von daher rührt die verbreitete Legende von der "Ökonomisierung" der Bildungspolitik. Die anfangs enge Bindung lockerte sich, und gegen Ende der 60er kam es zu einer Abkoppelung der Bildungspolitik von ökonomischer Rationalität. Es folgte eine Periode ausgesprochener "Entökonomisierung" der Bildungspolitik. Die ökonomisch-wachstumstheoretische Motivierung der Bildungsexpansion wurde durch die gesellschaftspolitische des Chancengleichheitspostulats abgelöst. Überflußillusionen und modische neulinke Denkmuster bestritten einer "Ökonomie der Knappheit" die Existenzberechtigung. In Bildungspolitik und Bildungsplanung verbreiteten sich antiökonomische und antiindustriegesellschaftliche Affekte. Beispiele dafür liefern der Bildungsgesamtplan und verwandte Dokumente.“

v. Recum hebt weiter die empirischen Nachweise hervor, dass vermehrte Ressourcen oft die Probleme im Bildungssystem nicht lösen, anders als es die 'pädagogische Folklore' und ihre

gut organisierten Interessenverbände immer wiederholten; schließlich dass die betriebliche Forschung durchaus Kostenrechnungssysteme und Effizienzanalysen für Schulen und Hochschulen vorgelegt habe, und zwar im Bewusstsein der Schwierigkeit, Bildungserträge zu messen. Weißhuhn legt zu, indem er auf die fehlenden Statistiken für qualifikationsspezifische Einkommensentwicklungen hinweist [5, 266].

Ergänzend sei festgehalten:

- Für die Vereinstagung 2007 formulieren die beiden verantwortlichen Ausschussmitglieder ihr Ziel einer „wirtschaftspolitisch ausgerichtete angewandte empirische Forschung“ [48, 6], mit folgendem Selbstverständnis:

„Der Weg des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts von den teils schon lange existierenden intuitiven Erkenntnissen über die formal sauber hergeleiteten theoretischen Modelle bis hin zur wirtschaftspolitisch ausgerichteten angewandten empirischen Forschung ist mitunter sehr lang.“ (Wößmann 2008: 4)
- Auf dem Wege zu einer „evidence-based educational policy“ – Titel der Zürcher Ausschusstagung 2012 – sind Daten unabdingbar, daher der offene Brief an die Politik 2013, nicht zu mauern.
- Im FAZ-Ökonomenranking 2014 nach Medien- und Politikinteresse sowie Forschung sind vier Ausschussmitglieder unter den ersten 50 im Gesamtranking, und zwar mit starkem Akzent auf Forschung: L. Wößmann musste nur A. Ockenfels (der nach dieser Erhebung ohne jegliche Politikresonanz geblieben ist) vorlassen – sieht man von den beiden Institutsdirektoren Sinn und Fratzscher ab.
- Ein Beispiel für kaum gedeckten Beratungsbedarf : Die Bitte des Erweiterten Vorstand des VfS darum, im Ausschuss die Bologna-Reformen zu überdenken:

Protokoll der Mitgliederversammlung Kreuzlingen/Konstanz 2006:

„Die weitere Diskussion im Vorstand [des Vereins, DS] führte dann zu der Feststellung, dass in der Profession insgesamt zu wenig über die Inhalte wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge und deren Auswirkungen auf den beruflichen Erfolg von Absolvent/innen nachgedacht werde. Der Vorsitzende des Bildungsökonomischen Ausschusses wurde daher gebeten, dass sich der Ausschuss

diesem Thema auf einer seiner nächsten Sitzungen annimmt. Dieser machte zwar geltend, dass es sich hier bestenfalls um einen Teilbereich und sicher nicht um einen Kernbereich bildungsökonomischer Forschung handelt, sagte aber zu, seine Mitgliederversammlung mit diesem Wunsch des Vereinsvorstands zu befassen.

Die Mitgliederversammlung ihrerseits bittet nun den Vorsitzenden, den Vereinsvorstand bei nächster Gelegenheit über Spektrum bildungsökonomischer Forschung zu erläutern [sic!], stimmt jedoch zu, das Thema „The Economics of Teaching (Economics)“ als Generalthema für seine nächste Sitzung zu wählen. Mit Hilfe des Mitglieds, Prof. Dr. Dieter Timmermann, Bielefeld, hat der Vorsitzende im Vorfeld bereits geklärt, dass zu diesem Termin kein Interesse der Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik in der Gesellschaft für Erziehungswissenschaft an einer gemeinsamen, dann interdisziplinär auszurichtenden, Sitzung mit dem Bildungsökonomischen Ausschuss besteht.“

Die Aussprache unter TOP 4 führt zu dem Beschluss, dass das Generalthema für die Jahrestagung des Ausschusses 2007 „The Economics of Teaching (Economics)“ lauten soll. Da dieses Thema aber ein sehr begrenztes Randgebiet der bildungsökonomischen Forschung anspricht, soll es insbesondere solchen Personen, die zur Mitgliedschaft im Ausschuss eingeladen werden, freigestellt werden, auch zu einem Thema ihrer Wahl vorzutragen.“

Außer zwei Vorträgen zur Doktorandenqualifizierung ist daraufhin nichts passiert, aber 2015 wurde zum ersten Mal ein Dissertationspreis vergeben, der Ausschuss nimmt sich somit, ein weiteres Zeichen seiner Institutionalisierung, ausdrücklich der Nachwuchsförderung an.

An Vorschlägen für die Politik mangelt es im Übrigen von Anfang an keineswegs in den Vorträgen und Veröffentlichungen. So schlägt Edding beispielsweise schon früh die Stärkung freier Schulen sowie eine Laufbahnreform für den öffentlichen Dienst vor, die Fachhochschulabsolventen besser stellen soll. Der Deregulierungsband (1998, Potsdamer Tagung 1997) enthält ein Votum für eine anreizkompatible Hochschulorganisation, die Befürwortung von Zentralprüfungen und fast einhellig die Zustimmung zu Studiengebühren.

7. Veröffentlichungen

Die Ausschussbeiträge wurden regelmäßig in Tagungsbänden bei Duncker & Humblot veröffentlicht. Auf der Mitgliederversammlung in Köln 2001 heißt es noch [13b, 27]:

„Außerdem wird diskutiert, ob die Ausschussarbeit weiterhin in Form von Sammelbänden dokumentiert werden soll, oder ob die Autoren ihre Beiträge eigenständig unterbringen sollen. Es wird entschieden, die Sammelbände als Dokumentation der Tagungen beizubehalten. Zur Steigerung der Qualität sollen zukünftig Referees herangezogen werden, zur Begutachtung der Beiträge und Entscheidung über die Veröffentlichungswürdigkeit. Grundsätzlich soll gelten, dass alle qualitativ geeigneten Vorträge der Jahrestagung im Sammelband veröffentlicht werden sollen (im Sinne eines Vorkaufsrechts), da dies in der Vergangenheit auch immer so gehandhabt wurde.“ Auch 2003 schreibt die damalige Vorsitzende Backes-Gellner noch: ‚Tagungsbände verkauften sich gut und dienten dem Nachwuchs zur Orientierung im Forschungsfeld‘ [13b, 71 und 75]; aber ab 2006 weichen die Tagungsbände Einzelveröffentlichungen.

Für die Internetpräsenz des Ausschusses gilt: (Protokoll der Mitgliederversammlung Berlin 5.3.1999) [9, 319]:

„Der in der Mitgliederversammlung 1998 in Frankfurt gefaßte Beschluß, sich an dem Internetplan des Vereins zu beteiligen, ist seit August 1998 realisiert. Unter dem Dach des vom Verein für Socialpolitik vorgegebenen Formats sind Informationen zu den bisherigen Vorsitzenden des Bildungsökonomischen Ausschusses, den bisherigen Veröffentlichungen, ein aktuelles Mitgliederverzeichnis, Themen und Programme der letzten Jahrestagungen sowie Satzung und Geschäftsordnung des Ausschusses abgelegt.“

8. Tagungsformat

Mit dem Format der seit langem nur jährlich stattfindenden Tagungen wird immer wieder experimentiert: Generalthema, offener Teil, Vortragszeiten, Poster Sessions sind die genutzten Stellschrauben.

9. Schluss: Sozialer Wandel

Bevor die erste Frau im Ausschuss vortragen konnte, mussten neun Jahre vergehen: Es war 1984 die frisch diplomierte (!) Uschi Backes-Gellner (zusammen mit Sadowski), die dann ab 1993 schon zu den Ständigen Gästen zählte, 1994 kooptiert wurde, 1999 den Vorsitz übernahm und nicht nur die 25. Jubiläumstagung organisierte, sondern durch ein strenges

Gutachterverfahren die Manuskriptqualität nennenswert zu verbessern suchte. 2014 wurde UBG zur Stv. *Vereinsvorsitzenden* gewählt, als bisher einzige Nachfolgerin von Horst Albach im Jahre 1975.

2014 jedenfalls kann der Ausschussvorsitzende als Ergebnis einer Befragung der Mitglieder des gesamten Vereins auf der Münchner Sitzung¹⁷ (30 Mitglieder, 10 Gäste) berichten, „...dass der Bildungsökonomische Ausschuss beim Frauenanteil, beim Anteil der Unter-40-Jährigen und bei der Beteiligungsquote an den Tagungen die Spitzenposition einnimmt“. (Wößmann, Protokoll der MV vom 13.3.2014, S. 2).

Der Weg dorthin war nicht immer geradlinig, manchmal sehr eng und auch beschwerlich. Aber Manches war auch schöner in der Vergangenheit. Zur Regensburger Tagung 1981 lud der Vorsitzende privat zu einem Spanferkelessen ein – selbst wenn er dann 1982 aus Kostengründen das Protokoll der Mitgliederversammlung nicht versenden konnte [5, 628].

1989 berichtet Dietrich Winterhager im Ausschuss über eine studentische Projektwerkstatt (mit G. Faltin) an der FU, aus dem u.a. das heute auch noch international tätige Unternehmen „Teekampagne“ hervorgegangen ist.¹⁸ Herausragend waren einige Kulturprogramme, so in Passau 1991 mit einem herrlichen Konzert mittelalterlicher Dichtermusiker - aber auch die Werbung Andrea Schenker-Wickis für Zürich 2003, wo es nicht nur Badenixen, sondern auch eine Riesenrutschbahn gebe. [16a, 662].

¹⁷ „Nach eingehendem Studium meiner [LW, 8.2.15] Unterlagen komme ich zu dem Schluss, dass 2014 – nach Abzug von 5 kurzfristigen Absagen – letztlich 40 Personen teilgenommen haben, darunter 30 Mitglieder und 10 Gäste. Unter den 30 anwesenden Mitgliedern [von 51, DS] waren 2 (der derzeit insg. 7) Seniorsmitglieder. Von den 10 als Gästen gezählten Personen wurden während der Mitgliederversammlung 4 in den Ausschuss aufgenommen, sind also nunmehr auch Mitglieder.“

¹⁸ Dies, vor allem aber die ‚tausenden in Ost-Berlin zu versorgenden Ökonomie-Studenten‘ hinderten ihn 1991 daran, ein Vortragsangebot zu machen. [8, 595].

Bibliographie

Hepp, Gerd F. (2011): Bildungspolitik in Deutschland. Wiesbaden.

Hüfner, Klaus (2003): Laudatio auf Friedrich Edding. In: Abschied von Friedrich Edding - Reden auf der akademischen Trauerfeier am 24. Januar 2003, MPI Berlin.

Kocher, Martin; Sutter, Matthias: "Research evaluation in economics. On which journals should it be based?", Ms. 2002 (*Diverse Publikationen*)

Machin, Stephen (2014): Economics of Education Research and Its Role in the Making of Education Policy. *Fiscal Studies* 35, 1-18.

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung – Projektgruppe Bildungsbericht (Hrsg.) (1980): Bildung in der Bundesrepublik Deutschland – Daten und Analysen, zwei Bände, Reinbek.

Orivel, Francois (1994): Stand der Forschung im Bereich der Bildungsökonomie. Allgemeine Übersicht und französische Situation. In: D. Benner, D. Lenzen (Hrsg.): Bildung und Erziehung in Europa. 32. Beiheft der Zs. f. Pädagogik, 135-148.

Recum, Hasso von; Manfred Weiß (2000): Bildungsökonomie als Steuerungswissenschaft. Entwicklungslinien und Konjunkturen. *Zeitschrift für Pädagogik* 46, 5-17.

Warning, Susanne (2008): Zeitschriftenrankings für die Wirtschaftswissenschaften – Konstruktion eines umfassenden Metaindexes. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 9, 286-305 (mit G.G. Schulze und C. Wiermann).

Weiß, Manfred: Effizienzforschung im Bildungsbereich – Aufgabenfelder, Methoden und Befunde. Ms. 1981, 235, *erschienen im Verlag Duncker und Humblot in der Reihe "Volkswirtschaftliche Schriften, Bd. 316.*

Wößmann, Ludger (2008): Bildung und Innovation. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Special Issue, 9, 1-4.*